

BLICKPUNKT PLENUM

28. – 30. April 2015

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Neustart für die Flüchtlingspolitik – in Europa wie in Hessen

Die SPD-Landtagsfraktion hat in der von der SPD initiierten Landtagsdebatte einen Neustart der europäischen Flüchtlingspolitik gefordert und auf die großen Herausforderungen der Kommunen hingewiesen. Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung sind eine gesamtstaatliche Aufgabe. Der Bund muss sich dieser Verantwortung stellen. Dies gilt aber genauso für die schwarzgrüne Landesregierung. Auch hier in Hessen stehen wir vor Herausforderungen. Integration findet immer vor Ort statt. Deshalb ist es ein Schlag ins Gesicht all der engagierten Kommunen und Akteure, wenn Minister Grüttner die Zusage verweigert, die Unterstützung des Bundes für die kommunale Flüchtlingspolitik zu 100 Prozent an die Kommunen weiterzuleiten und den Kommunen mangelndes Kostenbewusstsein unterstellt. Das ist höchst ignorant. Die Bereitschaft und Fähigkeit der Kommunen und Bevölkerung zur Integration der Flüchtlinge steigt, wenn die Standards und die Finanzierung klar sind.

Deshalb fordert die SPD in ihrem Antrag, Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge auf Grundlage einer auskömmlichen Finanzierung einzuführen. Die SPD ist gegenüber Schwarz-Grün gesprächsoffen – Ziel ist eine sinnvolle Einigung. Politik kann Programme und Institutionen schaffen – doch die Integration vor Ort kann nur persönlich funktionieren. Diesen oftmals ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gebührt großer Dank.

Kommunen an Pachteinnahmen von Hessen-Forst angemessen beteiligen

Die SPD-Landtagsfraktion hat in der Plenardebatte zur Änderung der Hessischen Haushaltsordnung die Beteiligung von Kommunen an den Pachteinnahmen von Windkraftanlagen gefordert. Städte und Gemeinden in Hessen müssen angemessen an den Pachteinnahmen von Windkraftanlagen im hessischen Staatswald beteiligt werden. Was in Rheinland-Pfalz möglich ist, muss auch in Hessen möglich sein.

Windkraft ist ein Eingriff in das Landschaftsbild. Daher ist zur Steigerung der Akzeptanz eine finanzielle Beteiligung der Kommunen zwingend erforderlich. Dies ist bereits im hessischen Energiegipfel 2011 so beschlossen worden und viele Kommunen haben vor Ort für eine solche Regelung geworben.

Wie aus einer Antwort von Umweltministerin Hinz auf eine Kleine Anfrage (19/1595) hervorgeht, will die Landesregierung inzwischen nur noch ein Förderprogramm für Kommunen, die von Auswirkungen von Windkraftanlagen betroffen sind. Dieses ist mit lediglich einer Millionen Euro pro Jahr ausgestattet und bis 2018 befristet. Überdies sollen die Fördermittel den Kommunen nicht zur freien Verfügung stehen, sondern lediglich zweckgebunden. Hier wirft Schwarz-Grün den Kommunen Brotkrumen hin, statt ihnen dauerhaft eine neue und verlässliche Einnahmequelle zu ermöglichen. Die SPD-Fraktion rechnet mit einer breiten Unterstützung aus der kommunalen Familie für den Gesetzentwurf.

Schwarzer Tag für Hessens Städte, Kreise und Gemeinden

Bei der ersten Lesung eines Gesetzes zur Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs hat die SPD-Landtagsfraktion den Tag als „schwarzen Tag für die hessischen Städte, Kreise und Gemeinden“ bezeichnet. Die Landesregierung trägt einmal mehr ihre eigenen Finanzprobleme auf dem Rücken der Kommunen aus. Wenn der Finanzminister davon spricht, dass es künftig zwei Dritteln der Städte, Kreise und Gemeinden besser gehe, dann ist das politische Bilanzfälschung. Der Übergangsfonds der Landesregierung ist nur dazu angetan, möglichst viele Kommunen über die schwarze Null zu tricksen.

Auch die Kommunalen Spitzenverbände und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister üben deutliche Kritik an dem neuen KFA-Modell. Man darf nicht vergessen, dass unter dem Spardruck von Schwarz-Grün in den vergangenen vier Jahren die Kommunen nicht nur 750 Millionen Euro weniger investiert haben – das sind fehlende Investitionen, die sich nun anstauen. Gleichzeitig haben sie auch ihre Einnahmen, wie etwa die Grundsteuer und Gebühren für Kindergärten und andere soziale Einrichtungen kräftig erhöhen müssen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Die Zeche zahlen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Die Neuregelung wird dem Urteil des Staatsgerichtshofes nicht gerecht.

Ergebnisse der Tarifverhandlungen auch auf Beamte übertragen

Nach der Einigung der Tarifvertragsparteien auf einen Abschluss in der Tarifrunde 2015 hat die SPD-Landtagsfraktion die Übernahme des Ergebnisses für die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen sowie die kommunalen Beamten gefordert. Es darf nicht sein, dass die Beamtinnen und Beamten in Hessen von dieser Entwicklung abgekoppelt werden, wie es CDU und Grüne mit einer Nullrunde für das Jahr 2015 vorsehen und für die folgenden Jahre lediglich eine Erhöhung der Bezüge von 1 Prozent planen. Daher fordern wir weiterhin, dass auch die Beamtinnen und Beamten rückwirkend ab dem 1. März 2015 2 Prozent mehr Bezüge und ab 1. April 2016 weitere 2,4 Prozent erhalten sollen. Bereits in den vergangenen Jahren hatten die Hessischen Landesregierungen hessische Beamte klar benachteiligt. Mit einem Besoldungsdiktat verdeutlichen CDU und Grüne einmal mehr, dass sie die wichtige Arbeit der hessischen Beamtinnen und Beamten lediglich in Sonntagsreden schätzen aber im konkreten Alltagshandeln diese Wertschätzung eben nicht ausdrücken. Die SPD-Fraktion fordert daher die Landesregierung auf, in einen konstruktiven Dialog mit den hessischen Beamtinnen und Beamten und deren Berufsorganisationen einzutreten.

Innenminister muss über Bernd T. aufklären!

Die SPD-Landtagsfraktion hat den hessischen Innenminister aufgefordert, zu den Hintergründen der aktuellen Berichte über den Neonazi Bernd T. aus Kassel umfassend Klarheit zu schaffen. Die SPD will wissen, wie es dazu kommen konnte, dass ein bundesweit bekannter Neonazi über eine Woche einen Mann hat gegen seinen Willen festhalten können. Noch dazu möglicherweise zu einem Zeitpunkt, zu dem der Neonazi Bernd T. eigentlich hätte im Münchner NSU-Prozess aussagen sollen. Freiheitsberaubung ist eine gravierende Straftat. Der Innenminister ist aufgefordert, die Parlamentarier über die Hintergründe in der nächsten Sitzung des Innenausschusses zu informieren.

SuedLink: Schwarz-Grün taucht ab

In der Aktuellen Stunde des Hessischen Landtags zum Thema SuedLink hat die SPD-Landtagsfraktion die schwarz-grüne Landesregierung zum wiederholten Mal aufgefordert, sich stärker in die aktuelle Debatte um die Gleichstromübertragungstrasse SuedLink einzubringen. Allein in Hessen gibt es derzeit weit über 20 Bürgerinitiativen zu diesem Thema. Entlang der möglichen Trasse haben sich alle Städte und Gemeinden – parteiübergreifend – kritisch bis ablehnend zu SuedLink positioniert. 21 Landkreise zwischen dem Startpunkt in Wilster in Schleswig Holstein und Endpunkt im bayerischen Grafenreihfeld haben sich in der Hamelner-Erklärung ebenfalls deutlich positioniert. Statt sich aber mit der Kritik inhaltlich auseinanderzusetzen, verwehrt Schwarz-Grün der hessischen BI die Teilnahme am hessischen Energiegipfel im Herbst. Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der CDU fordert die SPD auf, nicht nur in den Wahlkreisen kritisch Position zu beziehen, sondern auch der Landesregierung Druck zu machen, damit diese endlich ihrer Verantwortung nachkommt und sich aktiv um das Thema kümmert. Die SPD spricht sich darüber hinaus auch für eine erneute unabhängige Bedarfsüberprüfung aus. Die vielfache Kritik, dass SuedLink überdimensioniert ist, muss ernst genommen werden. Auch hier hat das Land aktuell die Möglichkeit, dies im Rahmen des Netzentwicklungsplans 2024, der sich gerade im Konsultationsverfahren befindet, bei der Bundesnetzagentur einzubringen. Immer nur mit den Fingern nach Berlin zu zeigen funktioniert nicht. Das Land Hessen hat vielfältige eigene Möglichkeiten sich bei SuedLink aktiv einzubringen. Es muss sie nur auch nutzen wollen.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde